



Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung

64. Sitzung (öffentlich)

28. Oktober 2020

Düsseldorf – Haus des Landtags

9:35 Uhr bis 12:35 Uhr

Vorsitz: Georg Fortmeier (SPD)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

	Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1	Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2021 (Haushaltsgesetz 2021)	6
	Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/11100	
	Vorlage 17/3969 (Erläuterungsband) Vorlage 17/4014	
	– mündlicher Bericht der Landesregierung	
	– Wortbeiträge	
2	Auswirkungen von Corona auf die Unternehmen in NRW	18
	– mündlicher Bericht der Landesregierung	
	– Wortbeiträge	

- 3 Umsetzungen der Empfehlungen der Kommission Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung 25**
- mündlicher Bericht der Landesregierung
 - Wortbeiträge
- 4 „Stärkungspakt Luftverkehr“: Arbeitsplätze an Flughäfen und bei Fluggesellschaften während und nach der Coronakrise sichern – Sofortmaßnahmen ermöglichen und Luftverkehrsteuer abschaffen 28**
- Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/9042
- Stellungnahme 17/2854
Stellungnahme 17/2855
Stellungnahme 17/2861
Stellungnahme 17/2865
- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen
 - Wortbeiträge
- Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen der CDU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der AfD-Fraktion ab.
- 5 Industriepolitik statt „Klima“-Politik – Die Landesregierung muss sich gegen die industriefeindlichen Vorschläge der EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen wehren! 31**
- Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/11167
- Wortbeiträge
- 6 Der Dortmunder Hafen braucht eine nachhaltige Zukunftsperspektive! – Die Landesregierung muss den Bau einer zweiten Schleuse gegenüber dem Bundesverkehrsminister mit Nachdruck einfordern 32**
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/8782
- Ausschussprotokoll 17/1101 (Anhörung vom 02.09.2020)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD ab.

7 Den gerechten Lohn der Vielen besser schützen: Mindestlohnbetrüger endlich das Handwerk legen – Mindestlohn muss wirksam umgesetzt und kontrolliert werden!

33

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/8779

Ausschussprotokoll 17/1111 (Anhörung vom 09.09.2020)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.

8 Tarnen, täuschen und verschleiern: Die Informationspolitik der Landesregierung ist eine Farce! – Was ist mit dem Neubau der Leverkusener Rheinbrücke?

34

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/9034

Ausschussprotokoll 17/1128 (Anhörung vom 23.09.2020)

– Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

– keine Wortbeiträge

Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der AfD-Fraktion ab.

- 9 Förderfreie Photovoltaikanlagen: Was tut die Landesregierung, damit NRW den Anschluss bei der nächsten Phase der Energiewende nicht verliert?** *(Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN [s. Anlage 1])* **35**
- Vorlage 17/3911
- Wortbeiträge
- 10 Stabilisierung von thyssenkrupp Steel Europe – Grundlagen für die Stahlindustrie von morgen erhalten** *(Bericht beantragt von der Fraktion der SPD [s. Anlage 2])* **36**
- Wortbeiträge
- 11 Verschiedenes** **37**
- keine Wortbeiträge

5 Industriepolitik statt „Klima“-Politik – Die Landesregierung muss sich gegen die industriefeindlichen Vorschläge der EU-Kommissionspräsidentin von der Leyen wehren!

Antrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/11167

(Überweisung des Antrags an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung – federführend – sowie an den Ausschuss für Europa und Internationales am 07.10.2020)

Christian Loose (AfD) teilt auf Nachfrage des **Vorsitzenden** mit, keine Sachverständigenanhörung durchführen, sondern in einer der nächsten Sitzungen direkt über den Antrag beraten zu wollen.

